

**II-3055** der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
**XIII. Gesetzgebungsperiode**

Präs.: 28. Nov. 1973

No. 1508/J

Anfrage

der Abgeordneten REGENSBURGER, *Dr. Keimel, Huber*  
 und Genossen  
 an den Bundesminister für Landesverteidigung  
 betreffend einen Artikel in der Zeitschrift Profil vom 25. Oktober 1973  
 "Soldatenmeuterei 'Erpressung' zum Längerdiensten"

Die Zeitschrift Profil vom 25. Oktober 1973 bringt unter dem Titel "Soldatenmeuterei 'Erpressung' zum Längerdiensten" einen Bericht, in dem es unter anderem heißt:

**B**undesheer-Jungmann Viktor Huber aus der Winterstellerkaserne in Sankt Johann (Tirol) verließ den Dienstweg und schrie in aller Öffentlichkeit um Hilfe. Im Namen von 29 Kameraden.

In einem Leserbrief an die „Tiroler Tageszeitung“ formulierte er „als Vertreter der Jungmänner der ersten Kompanie des Jägerbataillons 21“ den Unmut der Tiroler Greenhorns unter den Vaterlandsverteidigern, die sich von „höherer Seite“ erpreßt fühlen. Solch strafbaren Tatbestand unterstellen die wehrmüden Präsenzdienner indirekt Österreichs oberstem aktivem Feldherrn – dem Armeekommandanten General Emil Spannocchi.

Grund für die Anklage der Wehrmänner aus Österreichs Westen: Am ersten Oktober-Wochenende demonstrierte der Spannocchische Militäraparatur via Kompaniebefehlsausgabe seine Macht in der Jägerkaserne von Sankt Johann, indem er diktierte: Jene Soldaten, die sich bei ihrer Einrückung zur Ableistung des vollen achtmonatigen Grundwehrdienstes verpflichteten, diese Verpflichtung jedoch „nach reiflicher Überlegung“ (Steilungnahme des Soldatenvertreters), vor Ablauf der im Wehrgesetz zugestandenen Frist zurückgezogen haben, sollten ihre Weigerung rückgängig machen – andernfalls würden sie zu einer Jägereinheit nach Spittal an der Drau (Kärnten) versetzt.

Die Jungmänner in Sankt Johann sahen sich vor zwei Möglichkeiten gestellt: Jungmann Huber: „Hier die Strafversetzung in ein weiter entferntes Bundesland mit schlechteren Verkehrsbedingungen, da die zwangsläufige Weiterverpflichtung auf acht Monate.“ Offen sprachen sie aus und legten schriftlich nieder, was sie dachten: „Die Soldaten der ersten Kompanie empfinden dieses Vorgehen als glatte Erpressung.“ "

-2-

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e :

- 1) Entsprechen die von der Zeitschrift Profil unter dem Titel "Soldatenmeuterei 'Erpressung' zum Längerdiensten" geschilderten Vorkommnisse den Tatsachen?
- 2) Wenn nein, wie ist der tatsächliche Sachverhalt?
- 3) Wenn ja, welche Maßnahmen haben Sie im Zusammenhang mit den geschilderten Vorkommnissen getroffen?